

Niederschrift

über die 12. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Mittwoch, **07.06.2006**, 17:00 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Georg Berding , Herr Werner Quante , Frau Ursula Schaffstein , Herr Florian Steinforth ,
Herr Stefan Weber , Frau Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Frau Elke Leiendecker , Herr Kurt Pölling , Frau Yeliz Tolan

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas , Herr Thomas Marczinkowski

von der FDP-Fraktion

Herr Hans Varnhagen

von der Verwaltung

Frau Martina Arndts-Haupt , Herr Erwin Goerke , Herr Winfried Hagel , Herr Dr. Wolf Heinrichs ,
Frau Michaela Heuer , Herr Horst-Werner Koch (zu Punkt 2 der öffentlichen Sitzung), Herr Mar-
tin Schulze-Werner

für die Schriftführung

Frau Andrea Gottlob ,

Es fehlten

Herr Fritz Pfau , Frau Dr. Rita Stein-Redent ,

Gäste:

Frau Heike Koldemir, Vertreterin der Taxiruf Münster GmbH
Herr Roland Böhm, Vertreter der Taxi-Zentral Münster e.G.
(beide zu Punkt 2 der öffentlichen Sitzung)

Tagesordnung:

- | | | |
|-------------------------|----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. | Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Taxi-Ordnung |
| <u>V/0128/2006</u>
V | 3. | Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (Privjet III) |
| <u>V/0386/2006</u>
I | 4. | Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen und schwerbehinderten Menschen Gleichgestellte bei der Stadt Münster |
| <u>V/0433/2006</u>
I | 5. | Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher
(Antrag Nr. 0001/2006 der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen) |
| <u>V/0405/2006</u>
V | 6. | Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Münster - Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige Kinder:
Erweiterung der städt. Kita Coerde Edelbach für die Betreuung unter dreijähriger Kinder - Errichtungsbeschluss - bauliche Erweiterung der Kindertageseinrichtung |
| | 7. | Bericht zur Umsetzung einer "Härtefallregelung" für die von der Umstellung auf den TVöD betroffenen befristet beschäftigten Kräfte |
| | 8. | Verschiedenes |

Vor Eintritt in die Tagesordnung regte Herr Weber an, die Beratung der „Härtefallregelung für die von der Umstellung auf den TVöD betroffenen befristet beschäftigten Kräfte“, die aus der letzten Sitzung auf die heutige vertagt wurde, als Punkt 7 der öffentlichen Sitzung aufzunehmen. Der Ausschuss erklärte sich hiermit einverstanden.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Weber nahm Bezug auf die Eingabe der Selbsthilfegruppe „Probleme mit dem Passivrauchen“ an OBM vom 29.05.06 und bat die Verwaltung um Erläuterung.

Herr Goerke informierte darüber, dass die Verwaltung nach der Einführung eines Rauchverbotes im Rathaus und Stadtweinhaus das Rauchverbot nunmehr auch in allen Dienstgebäuden und Fahrzeugen umsetzen wolle. Dazu solle die Allgemeine Geschäftsanweisung geändert werden. Dies sei mitbestimmungspflichtig. Zwischen dem Personalrat und der Verwaltung fanden dazu Gespräche statt. In den Verwaltungsgebäuden könnten die Maßnahmen jedoch nicht „von heute auf morgen“ realisiert werden. Raucherinnen und Rauchern müsse ausreichend lan-

ge Entwöhnungszeit zugestanden werden. Das solle in einer Dienstvereinbarung geregelt werden. Die Anfrage werde von Herrn Uetz zentral für die Verwaltung beantwortet.

Der Personalratsvorsitzende Herr Hagel bestätigte die Ausführungen und zitierte ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes, nach dem der Arbeitgeber grundsätzlich berechtigt sei, in Arbeitsräumen das Rauchen zu untersagen. Es müsse jedoch eine Entwöhnungszeit (ca. 1 Jahr) gewährt werden.

Herr Klas stellte in diesem Zusammenhang die Frage nach einem allgemeinen Gesundheitsschutz und barrierefreiem Zugang (z.B. können Allergiker mit gleichem Recht ähnliche Maßnahmen verlangen?).

Herr Dr. Heinrichs sagte rechtliche Prüfung zu.

Die Eingabe der Selbsthilfegruppe liegt dem Original der Niederschrift bei.

Herr Schulze-Werner teile mit, dass ihm eine aktuelle Pressemitteilung der Bezirksregierung Münster zur Geschwindigkeitsüberwachung auf der Verbindungsrampe im Autobahnkreuz Münster Süd (BAB 1/ 43) vorläge. Er zitierte daraus, dass zur Unfallvermeidung eine neue Anlage zur ständigen Geschwindigkeitsüberwachung installiert werden solle. Dies sei ein einstimmiges Votum der Unfallkommission für die Autobahnen bei der Bezirksregierung Münster. Die Messanlage sei nötig, so die Kommission, weil die neue Rampe einen engen Radius und eine nur geringe Neigung habe. Bei Geschwindigkeiten von über 80 km/h sei deswegen die Gefahr groß, dass Autos aus der Fahrbahn getragen würden. Die Radaranlage solle von der Stadt Münster als zuständige Ordnungsbehörde jetzt installiert werden. Mit der Inbetriebnahme sei gegen Jahresende zu rechnen.

Herr Schulze-Werner führte aus, dass die Verwaltung die Realisierungsmöglichkeiten prüfen und den Ausschuss zeitnah über das weitere Verfahren informieren werde.

Der Ausschuss nahm dies zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung

Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Taxiordnung

Herr Schulze-Werner erläuterte ausführlich den Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Taxiordnung. Im Anschluss daran stellten sich Frau Heike Koldemir als Vertreterin von Taxiruf Münster und Herr Roland Böhm als Vertreter der Taxi-Zentrale Münster kurz vor und berichteten über ihre Erfahrungen mit der Taxiordnung.

In der folgenden Diskussion beantwortete Herr Schulze-Werner die sich daraus ergebenden Fragen. Herr Dr. Heinrichs ergänzte die Ausführungen und erklärte, dass die Verwaltung die Anregungen zu den verschiedenen Ansatzpunkten (Fahrerausweis, verstärkte Kontrollen, etc.) aufnehmen und prüfen werde, wo Änderungen/Verbesserungen möglich sind. Der Ausschuss bedankte sich für die umfangreichen Informationen und verabschiedete Frau Koldemir und Herrn Böhm.

Der Erfahrungsbericht der Verwaltung liegt dem Original der Niederschrift bei und wird als Anlage mit versandt.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0128/2006**

**Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation
junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler
(Privjet III)**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

Der 2003 beschlossene Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Lebenssituation junger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wird mit den Maßnahmen des Projektes Privjet III sowohl im Stadtteil Hiltrup, in den Jugendzentren Lorenz-Süd und Fachwerk Gievenbeck als auch in der Fürstenbergschule bis Mitte 2009 fortgeführt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Gesamtkosten in Höhe von 222.000 € bei der Stiftung Siverdes entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

	2006	2007	2008	2009	Gesamt
Stiftung Siverdes	37.000 €	74.000 €	74.000 €	37.000 €	222.000 €

Befristung

01.07.2006 bis 30.06.2009

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0386/2006**

**Bericht über die Beschäftigung schwerbehinderter
Menschen und schwerbehinderten Menschen
Gleichgestellte bei der Stadt Münster**

Nach kurzen Statements durch Herrn Pölling und Herrn Weber nahm der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0433/2006**

**Förderung der Beschäftigung schwer behinderter
Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter
und schwer behinderter Jugendlicher
(Antrag Nr. 0001/2006 der Kommission zur Förderung
der Integration von Menschen mit Behinderungen)**

Frau Wendland erläuterte und begründete den von der CDU in der Sitzung vorgelegten Änderungsantrag.

Nach kurzer Diskussion einigten sich die Mitglieder des Ausschusses einstimmig auf folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht der Verwaltung zum Antrag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob sich trotz der vorrangigen Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Haushaltskonsolidierung Handlungsspielräume ergeben, um

über das beschriebene Engagement hinaus die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der beschäftigten Behinderten in der Verwaltung weiter zu erhöhen.

Insbesondere ist zu prüfen,

- a) ob trotz insgesamt sinkenden Auftragsvolumens der prozentuale Anteil der Vergaben an Werkstätten für Behinderte gesteigert und sonstige Dienstleistungen von Einrichtungen für Behinderte bezogen werden können,
- b) ob die Zahl der Auszubildenden mit Behinderung gesteigert werden kann mit der Zielsetzung, im Anschluss daran die Übernahme in Abhängigkeit des Personalbedarfs und der Bestenauslese unter Beachtung der behinderungsbedingten Einschränkungen zu erreichen.

3. Die von der Kommission beantragten Maßnahmen sind damit erledigt.

Der Antrag liegt dem Original der Niederschrift als Anlage bei.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0405/2006**

**Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Münster
- Ausbau des Platzangebotes für unter dreijährige Kinder:
Erweiterung der städt. Kita Coerde Edelbach für die Betreuung unter dreijähriger Kinder - Errichtungsbeschluss - bauliche Erweiterung der Kindertageseinrichtung**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der räumlichen Erweiterung der städt. Kindertageseinrichtung Coerde – Am Edelbach und der damit verbundenen Umstrukturierung einer Regelkindergartengruppe in eine Kleinkindgruppe (mit Über-Mittag-Betreuung) zur Betreuung unter dreijähriger Kinder zu (Anlage: Bauliche Erweiterung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausbauplanung zu entwickeln, die den aktuellen Planungs- und Ausführungsstandards der Stadt Münster entspricht, einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und eine höchstmögliche Flexibilität in der Nutzung (auch für spätere Zwecke) bietet. Auf dieser Basis sind die Zustimmung zur Planung mit Kostenschätzung und der Baubeschluss mit Kostenvoranschlag herbeizuführen. Das voraussichtliche Kostenvolumen liegt bei rd. 100.000 €.
3. Zur Betreuung der unter dreijährigen Kinder ist entsprechend der Module im Rahmen einer Kleinkindgruppe ein anderer Personalschlüssel mit zusätzlichen Kräften im folgenden Umfang notwendig:
 - 1 Erzieherin (26,5 Std.), Entgeltgruppe 6 – Kosten ca. 29.000 €,
 - 1 Ergänzungskraft (4,0 Std.), Entgeltgruppe 3 – Kosten ca. 3.600 €

Die o.g. erforderlichen Stellen werden im städt. Stellenplan 2007ff eingerichtet und mit einem „kw“-Vermerk-2010 versehen. Die Abdeckung der entstehenden Personalkosten erfolgt aus den für das u3-Ausbauprogramm bereitgestellt Mittel (Hhst. 4640.718.0500.7)

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die bauliche Erweiterung bezüglich der Bau- und Einrichtungskosten ohne Landesmittel finanziert werden muss. Bezüglich der Betriebskosten erfolgt die Finanzierung aus dem u3-Programm. Die freiwerdende Landesförderung für die umstrukturierte Regelkindergartengruppe kann verlagert werden und für eine Kindertagesgruppe in Anspruch genommen werden, die bisher keine Landesförderung erhält.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die bauliche Erweiterung der Kita Coerde Edelbach einmalige Bau- und Einrichtungskosten in Höhe von rd. 100.000 € entstehen. Die konkreten Kosten werden im Rahmen der Ausbauplanung ermittelt und im Rahmen der nächsten Beschlussvorlage (Zustimmung zur Planung und Baubeschluss) entschieden.

Betriebsbedingte Mehrkosten entstehen durch das erforderliche zusätzliche Personal (s. Beschlusspunkt 3) in Höhe von voraussichtlich rd. 33.000 €

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Investive Kosten:

Die Mittel stehen in der Hhst: 4640.940.0700.8 (Bau- und Einrichtungskosten u3-Programm) zur Verfügung.

Betriebskosten:

Die Deckung für die betriebsbedingten zusätzlichen Personalkosten steht in der Hhst. 4640.718.0500.7 (Maßnahmen im Rahmen des u3-Programms) zur Verfügung.

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht zur Umsetzung einer "Härtefallregelung" für die von der Umstellung auf den TVöD betroffenen befristet beschäftigten Kräfte

Herr Goerke erläutert ausführlich die an die Mitglieder des Ausschusses verteilte Vorlage der Verwaltung zum Verfahren der „Härtefallregelung“.

Herr Dr. Heinrichs ergänzt die Ausführungen und begründet insbesondere, warum eine noch individuellere Lösung nicht realisierbar ist. Ebenso stellt er nochmals die rechtliche Zulässigkeit des Verfahrens an sich als auch der zeitlichen Befristung dar.

Es ergab sich eine rege Diskussion, in deren Verlauf Herr Klas und auch Herr Pölling erneut erklärten, warum sie eine derartige Regelung nicht mittragen können.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen den Verwaltungsvorschlag zum Verfahren einer Härtefallregelung zur Kenntnis.

Der Verwaltungsvorschlag ist dem Original der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Schulze-Werner nahm sehr umfangreich Stellung zu dem Vorwurf der Ungleichbehandlung, der aus Teilen der Gastronomie über die örtliche Presse aufgeworfen wurde. Er begründete ausführlich aus ordnungsrechtlicher Sicht, warum diese Hinweise nicht real seien. Herr Schulze-Werner wies darauf hin, dass in der Verwaltung Gespräche mit den Gaststättenbetreibern und auch der Kaufmannschaft geplant seien, damit sich solche Schlagzeilen nicht wieder-

holten.

Herr Weber gab den Hinweis, dass in diesem Zusammenhang auch die bau- und planungsrechtlichen Aspekte eine große Rolle spielten, die jedoch in anderen Gremien zu behandeln seien.

Der Ausschuss bedankte sich anschließend ausdrücklich bei Herrn Schulze-Werner für die umfangreichen Ausführungen.

Herr Berding fragte, ob sich die Stadt Münster mit Blick auf die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt nicht noch stärker in der Ausbildung von jungen Menschen engagieren könne. Herr Goerke stellte darauf hin den Stand der Ausbildung in Zahlen dar. Im Wesentlichen seien die Verfahren für den Einstellungsjahrgang 2006 abgeschlossen. Die Verwaltung prüfe, ob analog zu der Ausbildungsinitiative vor einigen Jahren verstärkt ausgebildet werden könne.

Frau Wendland unterstütze ein solches Engagement und regte an zu prüfen, ob in einer Größenordnung von „5 plus“ zusätzliche Ausbildungsstellen erreicht werden können.

Herr Goerke führte aus, dass die Verwaltung das Thema aufgreifen und mit der Bundesagentur rückkoppeln werde. Konkret bedeute das, zu ermitteln, wie hoch der Fehlbedarf und wie groß der Personenkreis ist, der auf eine Ausbildungsstelle wartet. Auf dieser Grundlage könnten dann weitere, bis zu 5 Ausbildungsstellen noch für dieses Jahr besetzt werden. Hier könnte dann auch der Aspekt der „schwerbehinderten Ausbildungskräfte“ mit eingebracht werden.

Der Ausschuss nahm dies einvernehmlich zur Kenntnis und unterstützt das Vorgehen der Verwaltung. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung dem Ausschuss hierzu berichten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18.37 Uhr

Gez.
Stefan Weber
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung